

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V

Nummer 03/2013 ★ 21. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ März 2013



Wir grüßen alle
ISOR-
Freundinnen
und
Sympathisantinnen
herzlich zum
Internationalen
Frauentag

Gemeinsame Erklärung zur Bundestagswahl 2013

Der Wahlkampf für die Bundestagswahl 2013 ist eröffnet. Den Wählern wird suggeriert, dass ein Lager- oder Richtungswahlkampf stattfindet. Unabhängig davon, in welcher Konstellation CDU, CSU, SPD, GRÜNE oder FPD eine neue Bundesregierung bilden, werden die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland von ihnen nicht verändert, die Dominanz der Großbanken und Konzerne wird durch sie nicht angetastet werden.

Damit bleiben auch die großmäuligsten Wahlversprechen dieser fünf neoliberalen Parteien, die Entdeckung des Themas Gerechtigkeit, die angekündigte stärkere Kontrolle der Banken, soziale Zugeständnisse an Niedriglöhner oder Rentnerinnen und Rentner letztlich kosmetische Korrekturen, die an der anhaltenden Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der großen Vermögen nichts ändern. Die Lasten der Krisen werden weiter auf die Geringverdiener, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner abgewälzt.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West stagniert auch im 23. Jahr nach der Wiedervereinigung. Trotz UNO-Kritik sind politische und soziale Diskriminierungen Ostdeutscher, Rentenungerechtigkeiten und selbst der Missbrauch des Rentenrechtes als Strafrecht, weiter an der Tagesordnung.

Eine konsequente Bekämpfung neonazistischer Umtriebe ist nicht in Sicht. Der Faschismus wird durch die Propagierung eines verzerrten DDR-Bildes immer weiter bagatellisiert und relativiert.

Das wieder zur kriegführenden Nation mutierte Deutschland ist zur weltweiten militärischen Verteidigung der Kapital-Interessen übergegangen und sichert Extra-Profiten aus immensen Rüstungsexporten und der Anschaffung modernster, computergesteuerter Tötungsmaschinen.

Eine echte politische Opposition im Bundestag, die in der Lage ist, das fein gesponnene Netz der Massenmanipulation zu zerreißen und den Weg zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu weisen, ist von größter Bedeutung. Eine starke parlamentarische Gegenkraft ist unverzichtbar. Dazu ist gegenwärtig nur die Partei DIE LINKE in der Lage, die sich als Friedenspartei und Interessenvertreter der sozial Benachteiligten profiliert hat. Von den gegenwärtig in Deutschland agierenden linken politischen Organisationen und Parteien ist nur die Partei DIE LINKE in der Lage, als Alternative zu den anderen etablierten Parteien erneut in den Bundestag einzuziehen. Sie bedarf dazu der Unterstützung aller Friedensaktivisten und Antikapitalisten, aller an wirklichen und nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen Interessierten.

Die Unterzeichner richten an alle Mitglieder und Sympathisanten ihrer Organisationen, an das gesamte linke Wählerpotential die dringende Bitte, ohne Ausnahme von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, vorhandene unterschiedliche Auffassungen zurückzustellen und die Partei DIE LINKE zu unterstützen.

Karl-Heinz Wendt, Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM e.V.)

Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH e.V.)

Horst Parton, Vorsitzender der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.)

Theodor Hoffmann, Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR (i.G.)

Nadel und Faden

Ein Faden zieht sich, stärker werdend, durch das Land. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Volkssolidarität, linke Presseorgane sehen, wie er sich abspult und versucht, diejenigen abzuschneiden, die normale Beziehungen mit denen unterhalten, die auch nur in die Nähe des Verdachts „linker“ Einstellungen geraten. Dort soll das Angebot der Tageszeitung „junge Welt“ in der Auslage einer Stadtbibliothek verschwinden, da geht es um die Verweigerung der Überlassung von Veranstaltungsräumen. Überall geht es um die Ausgrenzung linker Organisationen. Die Nadelstiche gegen sie häufen sich. Wir haben schließlich Wahljahr. ISOR soll es auch treffen.

Der MDR hatte in Erfurt eine Veranstaltung aufgespießt, auf der zwei Schriftsteller, Zeugen der Zeit, ihre Werke vorstellten.

Unter der Überschrift **Rundumschlag von Knabe & Co** schreibt dazu Gotthold Schramm in den Mitteilungen der GRH 2/13:

Nachdem der selbsternannte Hüter über Freiheit, Demokratie und Recht ehemalige Mitarbeiter des MfS als Revisionisten, Geschichtsklitterer und Verbrecher ausgemacht hat, kommen mit Veranstaltern von Buchbesprechungen und Quartiergebern weitere Feinde hinzu. Die Regionalleitung Erfurt des RotFuchs-Fördervereins hatte in einem auf dem Gelände des DGB Erfurt gelegenen Raum, in dem er seit längerem Veranstaltungen durchführt und langfristige Verträge hierzu bestehen, zu einer Buchlesung zu den Büchern „Drachentöter“ und „BND-Zentrale in Berlin“ mit Autoren, die Mitarbeiter des MfS waren, geladen. Zu der mit fast 50 Teilnehmern gut besuchten Veranstaltung gab Knabe folgenden Kommentar ab: „Wer unbelehrbaren Stasi-Offizieren eine Bühne gibt, beteiligt sich selbst an ihrer zynischen Geschichtsklitterung“.

Patrick Kurth, Generalsekretär der FDP in Thüringen und Mitglied des Bundestages, stellt in einem Brief an den DGB-Landesvorstand Thüringen Fragen im Stil eines Scharfrichters: „Aus welchen Gründen haben Sie Stasi-Mitarbeitern Räume zur Verfügung gestellt?“ oder „Welche weiteren Beziehungen pflegt der DGB zu den Organisatoren der Veranstaltung?“ oder

„Gibt es Planungen, künftig einstigen Trägern des DDR-Systems Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen?“ Herr Kurth wäre besser beraten, sich dem Zustand seiner desolaten Partei zu widmen und Herr Knabe sollte sich lieber mit den im Buch „Drachentöter“ dargestellten Lügen und Verfälschungen durch seine Behörde beschäftigen.

ISOR aktuell hat deswegen mit den Autoren Herbert Kierstein und Gotthold Schramm gesprochen

Was war in Erfurt los? Haben sich dort finstere Gestalten konspirativ getroffen?

H. Kierstein:

Es handelte sich um eine für jedermann zugängliche Buchlesung aus dem Veranstaltungsplan vom RotFuchs e.V. für das I. Halbjahr 2013, der auch über das Internet bekannt gemacht worden war. Solchen Leuten, die während der DDR die Freiheit des Wortes eingeklagt hatten, war das schon ein Dorn im Auge.

Wie ist der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) wirksam geworden?

G. Schramm:

Bereits bei unserer Ankunft in Erfurt wurden wir informiert, dass der MDR Interviews mit Vertretern des DGB wegen dieser Veranstaltung geführt hatte. Kurz vor Beginn erschienen vier Journalisten des MDR mit einer Kamera, die zunächst Teilnehmer vor dem Eingang des Gebäudes filmten. Dann versuchten sie, den Veranstaltungsraum zu betreten. Die Frage nach der Presseeinladung mussten sie verneinen. Daraufhin wurde ihnen die Teilnahme verweigert. Sie filmten dann durch die Fenster des im Erdgeschoss liegenden Raums.

Kam es dabei zu irgendwelchen Zuspitzungen oder Übergriffen?

H. Kierstein:

Nein, Dank der besonnenen Haltung der Ge-

nossen vom RotFuchs e.V. verlief alles ruhig und ohne Stress. Die Teilnehmer an der Lesung, darunter auch Mitglieder von ISOR, waren empört über dieses Vorgehen des MDR. Die Lesung selbst verlief in gewohnter Ruhe und Aufmerksamkeit.

Um 19 Uhr erschien dann im Fernsehen Regional des MDR ein Kurzbeitrag mit den zu erwartenden Kommentaren.

Wo vermuten Sie die Hintermänner dieser Aktion?

H. Kierstein:

Wer die Sache losgetreten hat, ist eigentlich nebensächlich. Es war eine Aktion des Netzwerks zur Diffamierung der DDR und zur Verleumdung des MfS von Frau Neubert von der Außenstelle der BStU Erfurt, über den FDP-Bundestagsabgeordneten und „Aufarbeiter“ Kurth, die Havemann-Stiftung bis zu Herrn Knabe von seinem Hochsitz in Hohenschönhausen. Sie vertragen keine Wahrheit, sonst würden sie sich den Argumenten, die auch in der Buchlesung eine Rolle spielten, stellen.

Danke für das Gespräch und beste Wünsche für Eure weitere „Aufklärer“-Arbeit.

Die Fragen stellte Wolfgang Kroschel

Herbert Kierstein war in der Untersuchungsabteilung des MfS. Bücher u.a.: „Verheizt und vergessen“, „Drachentöter“, „Heiße Schlachten im kalten Krieg“

Gotthold Schramm war Angehöriger der HVA. Bücher u.a.: „Konterspionage“, „Die BND-Zentrale in Berlin“, „Hauptverwaltung A“

Die Redaktion will mit diesem Beitrag unsere Mitglieder auf eine solche Entwicklung aufmerksam machen. Wir bitten, über ähnliche Aktivitäten die Geschäftsstelle zu informieren.

Zwischenfrage

Es halten sich hartnäckig Gerüchte, nach denen eine Behörde sich einer besonderen Technik bedient, mittels derer uralte Schnipsel aus der Hinterlassenschaft des DDR-Geheimdienstes wieder zusammengefügt werden, um daraus wichtige Erkenntnisse zu filtern.

Drängt sich da nicht der Gedanke auf, dass diese Technik vielleicht auch zur Rekonstruktion frisch geschredderter Akten des jetzigen Geheimdienstes über den ebenso frischen Nazi-Untergrund geeignet sein könnte?

Oder bestehen „von Rechts wegen“ etwa Einwände?

w.k.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Dr. Rainer Rothe informierte den Vorstand, dass das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg eine weitere Verfassungsbeschwerde zum § 7 AAÜG eingereicht hat. Diese Verfassungsbeschwerde ist unter der Nr. 1 BVR 363/13 beim Bundesverfassungsgericht registriert.

Vorausgegangen war eine ablehnende LSG-Entscheidung. Da das BSG in einer analogen Sache bereits im Dezember 2010 entschieden hatte, war der Rechtsweg ausgeschöpft und der direkte Weg zum BVerfG möglich geworden.

Es wird weiter geprüft, ob noch andere Verfahren direkt dem BVerfG als Verfassungsbeschwerde vorgelegt werden können.

*

Peter Speck erstattete den Bericht zur Erfüllung des Finanzplanes für das Jahr 2012 und erläuterte die Finanzplanung für das Jahr 2013. Beide Dokumente wurden vom Vorstand beschlossen und es wurde betont, dass sie Ausdruck einer verantwortungsvollen und soliden Finanzarbeit sind.

Insgesamt wurde sichtbar, dass die außergewöhnlichen finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit den 2012 eingereichten Verfassungsbeschwerden, aber auch die weiter sinkenden Mitgliederzahlen einen Rückgriff auf die finanziellen Reserven der ISOR erforderlich machten und auch weiter erfordern. Die von P. Speck erarbeitete Prognose der finanziellen Einnahmen und Ausgaben des Vereins bis zum Jahr 2016 bestätigte, dass erhebliche Einsparungen notwendig werden.

Über Möglichkeiten und Wege zum noch sparsameren Umgang mit den finanziellen Mitteln soll deshalb auch die Vertreterversammlung beraten und beschließen.

*

Der Vorstand setzte eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Horst Bischoff ein, die in Vorbereitung der Vertreterversammlung der ISOR (voraussichtlich 21./22.10.2013) Zukunftsfragen des Vereins analysieren, beraten und entsprechende Vorschläge unterbreiten soll.

In der Vorstandssitzung im März 2013 wird der Vorstand alle im Zusammenhang mit der Einberufung der Vertreterversammlung anstehenden organisatorischen Maßnahmen beraten und beschließen.



Entsprechend der ständigen Aufgabe in unserer **TIG Prenzlau**, in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit, gegen Rentenstrafrecht und soziale Ausgrenzung Kontakte zu anderen Verbänden, Organisationen und Parteien zu suchen und aufzubauen, die sich auch in diesen Fragen engagieren, hatte der TIG-Vorstand Prenzlau zu seiner jüngsten Sitzung den Vorsitzenden der DKP-Ortsgruppe Prenzlau/Templin Wolfgang Herrmann eingeladen. Er betonte das soziale Engagement der DKP als ein Grundanliegen der Parteipolitik. TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenberg informierte über die Arbeit und die Zielstellungen von ISOR und den schon über 20-jährigen politischen und juristischen Kampf zur Überwindung des Rentenstrafrechts.

In diesem gerechten Kampf haben wir viele Verbündete, üben aktive Solidarität, so wie wir auch Solidarität empfangen. Während des interessanten Gedankenaustausches stellten wir viele übereinstimmende Positionen fest.

Im weiteren Gespräch wurde vereinbart:

1. Über vorgesehene Veranstaltungen zu informieren, zu denen Gäste herzlich willkommen sind.
2. dass ein regelmäßiger Austausch der Vereinszeitungen **ISOR aktuell** bzw. Roter Brandenburger erfolgt.

Zu unserer Festveranstaltung „20 Jahre TIG Prenzlau“ wurde eine Einladung an Wolfgang Herrmann ausgesprochen, die er dankend entgegennahm.

Werner Liefke, Beiratsmitglied

*

Die AG Recht der **TIG Rostock** informierte ihre Mitglieder über ein aktuelles Problem, welches von allgemeinem Interesse ist:

„In den letzten Wochen erhielten Rentner(innen) Post vom Finanzamt mit der Aufforderung zur Abgabe einer Einkommenssteuererklärung für die Jahre 2005 bis 2011. Dieser Aufforderung ist unbedingt nachzukommen. Renten waren auch in der Vergangenheit im Grundsatz steuerpflichtig. Mit dem Alterseinkünftegesetz von 2005 werden Alterseinkünfte schrittweise bis 2040 in die vollständige Besteuerung einbezogen. Ob eine Steuererklärung abgegeben werden muss, hängt von der Summe der Jahreseinkünfte ab. Wer bis 2006 bereits in Rente gegangen ist und außer der Rente keine weiteren Einkünfte hatte, kann in der Regel davon ausgehen, dass bei einem Jahresbruttoeinkommen von Einzelpersonen von 17.000 Euro oder Ehepaaren von 34.000 Euro mit Steuerfreiheit zu rechnen ist.

Was sollte für das Finanzamt vorbereitet sein:

- Sammlung der jährlichen Informationen des Rentenversicherungsträgers
- Sammlung aller Rechnungen, insbesondere für med. Heil- und Hilfsmittel, Fahrkosten (zum Arzt usw.) Kosten für Medikamente, Praxisgebühren
- Pflegekosten, wenn eine Person im Haushalt gepflegt werden muss
- Versicherungsbeiträge für Unfall- und Haftpflicht
- Rechnungen über Arbeitslohn bei Wohnungsrenovierungen

Bei weiteren Fragen bitte die AG Recht konsultieren!“

Aus der Postmappe

Die Lektüre des Buches von Bruno Mahlow „Wir stehen in der Geschichte und damit in der Verantwortung“ hat H.J. Friedrich zu folgenden Überlegungen geführt:

Tausende Kommunisten und Linke grübeln auch 22 Jahre nach dem Untergang des sozialistischen Weltsystems und der DDR über die Ursachen, Bedingungen und Fehler nach, die das Lebenswerk von Millionen Menschen zerstörten und die Welt in den finstersten Kapitalismus zurückwarfen. Viele versuchten, und dabei nicht wenige Apologeten und Opportunisten, Erklärungen dafür abzugeben, wobei sie oft in Oberflächlichkeiten und Überbewertungen subjektiver Faktoren stecken blieben.

Und nun ist einer da, ein Kommunist, der mit 75 Jahren erstmals ein Buch veröffentlicht. Kein Lebensbericht, keine Erklärung oder Entschuldigung für sicher auch begangene Fehler. Aus dem Klappentext des Buches geht hervor, dass er in seinem aktiven Leben bereits viel und für unterschiedliche Anlässe publiziert hat, aber nie ein abgeschlossenes Buch. Und auch das vorliegende Werk ist, so hoffe ich wenigstens, nicht abgeschlossen.

Es handelt sich um eine Sammlung von Beiträgen, die aus sehr unterschiedlichen Anlässen entstanden, aber alle eines gemeinsam haben. Sie charakterisieren den Autor als einen Kenner der marxistischen Dialektik.

Seine Themen sind Übergang der SED zur PDS und Nachdenkliches an den Parteivorstand, Lügen über die DDR, zügelloser Kapitalismus, internationaler Terrorismus, sein eigener Beitrag zum 40. Jahrestag der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau. Auch

alle anderen Veröffentlichungen weisen ihn als hervorragenden Analytiker aus, der zu weiteren Überlegungen und Schlussfolgerungen anregt. Als wahrer Internationalist, der ein echter Kommunist immer ist, erweist sich Bruno Mahlow in den Beurteilungen der Entwicklung der SU, Russlands und Chinas. Wobei er immer wieder die bleibenden Verdienste der SU für die Entwicklung der Menschheit herausstellt aber auch die Schwierigkeiten, Rückschläge und Fehler.

Das Herausragendste an den Beiträgen ist, dass es dem Autor gelingt, die Erscheinungen auf die eigentlichen Ursachen zurückzuführen, sie in ihren Wechselwirkungen zu verdeutlichen, die immensen Gefahren aufzuzeigen, die über der Menschheit schweben, aber auch zu verdeutlichen, dass trotz der Niederlage der sozialistischen Welt der Kapitalismus schwächer geworden ist und es Alternativen zur gegenwärtigen Entwicklung gibt. Wie glücklich müsste eine Partei und deren Vorstand doch sein, der solche Genossen in seinem Ältestenrat hat.

Danke Genosse Bruno, Du hast mich wieder aufgerichtet.

Bei anderen gelesen

Presseinformation 6/13 der Volkssolidarität vom 27.02.2013

Gesetzliche Rente stärken statt Riester-Rente weiter fördern

„Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, die Lebensstandardsicherung im Alter wieder über die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) zu gewährleisten“, erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, am Mittwoch. Die gesetzliche Rente zu stärken sei die einzig richtige Alternative zum Vorschlag des von der Deutschen Bank geförderten Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) für eine Riester-Rente speziell für Geringverdiener.

„Nach über zehn Jahren ist heute klarer denn je, dass die Riester-Rente die abgesenkten Leistungen in der GRV für die große Mehrheit der Versicherten nicht ausgleichen kann“, stellte der Verbandspräsident klar. „Anstatt die Riester-Rente weiter und mehr staatlich zu fördern, sollten die entsprechenden Mittel aus dem Bundeshaushalt für bessere Leistungen bei der gesetzlichen Rente verwendet werden.“ Es könne nicht hingenommen werden, wenn die staatliche Förderung für die Riester-Rente ausgebaut und gleichzeitig die Einnahme der GRV durch Beitragsabsenkung und Kürzung des Bundeszuschusses beschnitten werden.

Winkler nannte es „absurd, weitere Milliarden für die Riester-Rente aufzuwenden, wenn angeblich kein Geld da ist, um die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Niedrigverdiener auch für Zeiten ab 1992 einzuführen, wenn für Langzeitarbeitslose gar keine Beiträge mehr abgeführt werden, wenn eine schrittweise Angleichung des Rentenwerts Ost als zu teuer erklärt wird und für Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern angeblich auch nichts mehr zur Verbesserung ihrer Rentenleistung übrig sein soll.“

Der Verbandspräsident der Volkssolidarität kritisierte den Ansatz des DIA-Vorschlags, Niedriglöhne dauerhaft zu akzeptieren. „Ein gesetzlicher Mindestlohn, der bei 8,50 Euro beginnt, wäre auch für die Rente allemal sinnvoller als die kapitalgedeckte Vorsorge mit Steuermitteln weiter zu fördern. Indirekt hat sich das anscheinend auch bei der Deutschen Bank herumgesprochen. Wie anders ist sonst die plötzliche Bereitschaft zu verstehen, für Niedrigverdiener ein Produkt anzubieten, bei dem auf Vertriebskosten und Verwaltungsgebühren verzichtet werden soll?“ Winkler bezeichnete das als „Versuch, die Riester-Rente mit aller Macht und gegen alle Kritik ein für allemal zu verankern. Dieser Linie sollte die Politik nicht folgen, auch nicht mit einer so genannten Lebensleistungsrente.“

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf. **FeWo für 2 Personen** in Sellin/Rügen in ruhig. Lage, 250 m zum Südstrand. Parken am Haus; NR; keine Haustiere.

Tel. 038303 86789; Fax #98500; mob. 015209805529; www.achsnick.de

*

Hotel-Pension in der Lausitz, mitten im Grünen. Speisen im neuen Wintergarten! Z.B. 7 ÜHP 259 €, FeWo ab 75 €.

Auch VP möglich Prosp. 035894 30470 e-Mail: info@pensionweiser.de

*

Komf.Fewo; ****, Prosp. anfordern. Schleusingen/Thür. Nähe Rennsteig

Tel. 036841 47598
www.ratschererhoehe.de

*

Spendenaufruf

Die Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh existiert seit 1945 und bot stets Verfolgten des Faschismus, ihren Angehörigen und Freunden Erholung, einen Ort der Begegnung und der politischen Diskussion.

Es wurde ein idyllischer und einmaliger Ort im Wald in der Lüneburger Heide geschaffen, in dem Antifaschisten jeder Generation Kraft schöpfen, viel unternehmen und sich begegnen können. Verstärkt gewinnt Heideruh an Bedeutung im Landkreis Harburg und in der antifaschistischen Jugendarbeit. Die geschichtlichen Ergebnisse des Forschungskollektivs Heideruh wurden in einer Dokumentation und Ausstellung veröffentlicht.

Heideruh hat finanzielle Probleme.

Auch wenn seit 2011 der Abwärtstrend gestoppt werden konnte, so fehlen doch noch 600 Übernachtungen pro Jahr, um die Kosten zu decken.

Rettet Heideruh!

Jede große und kleine Spende ist willkommen! Jede Buchung eines Gastes für einen Urlaub jede Buchung einer Gruppe für ein Seminar in schöner Umgebung hilft Gästen, Gruppen und der antifaschistischen Bewegung.

Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.

Konto: PGA Hamburg

(BLZ 20010020) 254 024 204

Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.

Ahornweg 45,

21244 Buchholz in der Nordheide

Telefon 04181/8726

FAX 04181/281142

Mail: info@Heideruh.de;

www.Heideruh.de

Angebot für Sehschwache/ Sehbehinderte

Die Geschäftsstelle bietet für ISOR-Mitglieder und Sympathisanten zum günstigen Kauf oder zur kostenlosen Ausleihe aus ihren Beständen ein hochwertiges voll funktionsfähiges Bildschirmlesegerät MyReader 600 von Humanware an. Das intelligente Vergrößerungs- und Lesesystem mit integriertem 15"-Flachbildschirm myReader ist einfach zu bedienen.

Es ermöglicht zwei Lesemodi:

- den automatischen Modus für das Lesen von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen,
- den manuellen Modus für das Schreiben von Hand u.a. Vollfarbanzeige, PC-Anschluss mit Videomodi bis 1024 x 768 Hz möglich. Interessenten melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Lesenswert

Horst Joachimi

Mit offenem Visier

Als Aufklärer des DDR-Nachrichtendienstes von 1977 bis 1981 in New York (verlag am park, Berlin 2012)
264 Seiten, 14,90 €
ISBN 978-3-89793-228-9

Mit der ergänzten Fassung seines Buches „Resident der HVA in New York“ (Berlin 2009) hat der Autor erneut eine wertvolle Handreichung über die USA unter dem Blickwinkel eines Aufklärers vorgelegt. Er war dort vier Jahre als Erster Sekretär in der Vertretung der DDR bei der UNO tätig.

Die Publikation eines profunden Kenners der USA hilft, mehr über politische Bedingungen, Mentalitäten und Alltagskulturen in den USA zu erfahren. Insiderkenntnisse und Wertungen also, die in Medien und allgemein zugänglicher Literatur kaum oder einseitig dargestellt sind. Hervorzuheben sind spürbarer Respekt und Liebe zum Land, seinem Volk und seiner Kultur, damit die Haltung eines sozialistischen Kundschafters überzeugend betonend. Seine kritischen Erinnerungen und die Reflexion zwischenzeitlicher Erfahrungen sind so von bleibendem Wert.

Der Autor gibt aus seiner „Außensicht“ zugleich kompetent Auskunft und Wertungen über Entscheidungen und Abläufe in der Spätphase der DDR. Er analysiert Staats- und Partebeziehungen besonders im Verhältnis UdSSR/DDR - KPdSU/SED in ihren Wirkungen auf die Existenz der DDR. Dazu gehören auch persönliche Erfahrungen und Erkenntnisse nach dem Untergang der DDR, über die praktizierte Ausgrenzung und Diskriminierung ehemaliger Verantwortungsträger durch staatlich verordneten Antikommunismus und Stasi-Hysterie sowie deren destruktive Folgen auch für die Gesellschaft.

Die marxistische Denkweise des Autors und seine Überlegungen reichen so über die Gegenwart hinaus und fordern zur Diskussion heraus. Wünschenswert ist deshalb eine gebührende Resonanz, weswegen wir auf das Buch aufmerksam machen.

H.B.

Günter Vogler

Erinnerungen eines Personenschützers

(2. Auflage im Selbstverlag 2012) 176 Seiten, Preis 13 €, zzgl. 1- € Versand
ISBN 978-3-00-032304;
Direktbezug über den Autor: Scheunenweg 3,
16244 Schluf/Schorfheide
Tel.: 03339/ 365630
mail: guenter_vogler@web.de

Der Autor legt persönliche Erinnerungen aus langjähriger Tätigkeit vor. Er bemüht sich um respektvolle Zurückhaltung bei der Wertung von Ereignissen und Personen, wie das der Eigenart seiner früheren Einsatzrichtung gemäß wohl auch zu erwarten, heute aber durchaus nicht selbstverständlich ist.

Seine Erinnerungen sind ursprünglich aufgeschrieben sowohl für den Kreis ehemaliger Mitarbeiter des Personenschutzes als auch in dem Bemühen um sachliche Information an heutige Besucher der Schorfheide, die als Protokoll- und Erholungsgebiet nicht nur führender Repräsentanten der DDR bekannt geworden ist. Bekanntlich begegnet man gerade im touristischen Bereich oft skurril vorgeformten Denkmustern aus politisch gezielt vorgetragenem journalistischen Exhibitionismus nicht nur der Regenbogenpresse. Hier aber ein sachliches Informationsangebot zu unterbreiten, ist verdienstvoll im Interesse der Wahrheit und sicherlich auch für die Bewohner der Schorfheide, die mit dem heutigen medialen Schwachsinn leben müssen.

Die Darstellungen ermöglichen einen informativen, stellenweise detaillierten Einblick auch in Struktur und Tätigkeit der Hauptabteilung Personenschutz. Manchem mag diese oder jene Information vielleicht weniger mitteilenswert erscheinen, aber so war nun mal der Alltag, warum darüber nicht reden? Bevor man urteilt, ist immer zu raten, politische Verhältnisse in ihrer Zeit zu bedenken. Wenn es gelang, Spannungen durch terroristische Anschläge in der DDR mit weitgehenden Folgen für die Wahrung des Friedens in Europa zu verhindern, dann ist das sehr wohl auch ein Verdienst derer, über die das Buch informiert.

H.B.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 27.02.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.03.2013

Einstellung im Internet: 12.04.2013

Auslieferung: 18.04.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie

nach tel. Terminvereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr